

Wahlprogramm zur Kreistagswahl am 25.05.2014

Gemeinsam besser leben im Kreis Mayen-Koblenz!

Inhaltsverzeichnis

Präambel	Seite 1
Kapitel 1: Echte Bürgerbeteiligung.....	Seite 2
Kapitel 2: Familienfreundlicher Landkreis.....	Seite 3
Kapitel 3: Soziale Aufgaben & Gesundheit im ländlichen Raum.....	Seite 4
Kapitel 4: Inklusion und Bildung – von Anfang an.....	Seite 5
Kapitel 5: Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft.....	Seite 6
Kapitel 6: Energie und Klimaschutz.....	Seite 7
Kapitel 7: Umweltschonender Verkehr – Mehrwert durch ÖPNV.....	Seite 9
Kapitel 8: Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	Seite 10
Kapitel 9: Tourismus und Kultur.....	Seite 12
Schlusswort: GRÜNES Programm auch für Ihre Zukunft.....	Seite 14

Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 25.05.2014 sind Sie aufgerufen, im Landkreis Mayen-Koblenz Ihren neuen Kreistag und das neue Europaparlament zu wählen. Entscheidungen in Europa haben heute immer Auswirkungen bis auf die kommunalen Verwaltungsebenen im Kreis und in den Kommunen. Deshalb brauchen wir im Europaparlament und in den Kommunen starke Grüne. Mehr Bürgerbeteiligung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltiges Wirtschaften, Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie, schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern greifen ineinander. Mit Ihnen zusammen möchten wir ein Leitbild für eine moderne Gesellschaft entwickeln. Dabei setzen wir auf einen neuen modernen Politikstil, bei dem die Bürgerbeteiligung eine herausragende Rolle einnimmt.

Das Herz unserer Demokratie schlägt in den Kommunen.

Gemeinsamkeit macht stark! Wir setzen auf Ihr Vertrauen in uns!

Kapitel 1: Echte Bürgerbeteiligung

Die Kommune als Dienstleistungsunternehmen

Wir werden unsere Demokratie von der Parteien- und Wirtschaftsdemokratie zu einer BürgerInnendemokratie entwickeln. Die Politik der Zukunft orientiert sich an gesellschaftlichen Werten wie Transparenz, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Die Gestaltung einer modernen Gesellschaft kann nur gemeinsam durch Einbeziehung aller relevanten Gruppen erfolgen.

BürgerInnendemokratie muss von unten kommen. Wir möchten ein neues Bewusstsein der Teilhabe und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken und ausbauen. Eine neue Wertekultur für die Gemeinschaft im Allgemeinen und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger im Speziellen bilden das Rückgrat zur Lösung der anstehenden Probleme in unserer Gesellschaft.

Den Bürgerinnen und Bürgern geht es um Werte, die ihr Leben täglich prägen und beeinflussen. Wir stehen für eine politische Kultur ein, in der diese Werte aktiv gelebt werden. Zu einer werteorientierten Gesellschaft gehört die echte Bürgerbeteiligung. Sie beteiligt die Bürgerinnen und Bürger an der Vorbereitung und Umsetzung der politischen Entscheidungen.

Wir stehen für eine politische Kultur, in der Werte aktiv gelebt werden.

Bürgerdialog 2.0

Wir vertrauen auf die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Mayen-Koblenz und setzen uns für eine echte Bürgerbeteiligung ein. Hierzu gehören die Online-Beteiligung als permanente Beteiligung und der Bürgerhaushalt, an dem sich die Bürgerinnen und Bürger intensiver als bisher beteiligen können. Die Technik bietet heute hierzu zahlreiche und intensivere Möglichkeiten. Gerade in unserem Flächenkreis kann dies erhebliche Barrieren der Beteiligung abbauen, die durch fehlende Mobilität bzw. Zeit bestehen. Hierzu zählt auch die Umstellung auf die digitale Verwaltung. Dadurch ergeben sich zusätzliche finanzielle Einsparungen für die kommunalen Haushalte.

Individualität als Chance

Die Kommune ist ein sozialer Raum, in dem sich die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger am besten auskennen. Dies eröffnet viele Chancen für bürgerschaftliches Engagement, Partizipation und Teilhabe. Eine frühzeitige Einbeziehung der Gesellschaft in Entscheidungsprozesse vermeidet nachgelagerte Probleme und Diskussionen. Dieser Prozess bedingt aber auch, dass eine demokratische Mehrheitsentscheidung, die mit der Bevölkerung erarbeitet wurde, auch von der Minderheit akzeptiert wird. Dies zeichnet eine lebendige Demokratie aus. Auf Werten basierende Entscheidungen werden von der breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und auch angenommen. Jede Entscheidung muss transparent nachvollziehbar sein.

Bürgerfreundliche Öffnungszeiten

Der Service für die Bürgerinnen und Bürger muss sich den geänderten gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Familien- und Bürgerfreundlichkeit beginnt für uns bei den Servicezeiten. Dazu gehört auch ein Dienstleistungstag an einem Samstag im Monat. Eine Regelung sollte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung erarbeitet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern verbesserte Servicezeiten im Kreishaus auch nachmittags und samstags.

Kommunalpräventive Räte - Friedliches Zusammenleben aktiv gestalten

Die Kriminalitätsrate im Kreis Mayen-Koblenz ist niedrig, die Aufklärungsquote hoch. Damit dies so bleibt, brauchen wir eine Politik, die aktiv gestaltet und handelt, bevor Probleme entstehen oder sich verfestigen können. Städtebau und Infrastruktur, soziale Aspekte und demographischer Wandel können zu Problemlagen führen. Deshalb wollen wir einen kommunalen präventiven Rat einrichten und die bestehenden kriminalpräventiven Räte der Kommunen aktivieren und ihre Tätigkeiten ausbauen. Dieser kommunale präventive Rat soll eine strukturierte Analyse der genannten Bereiche erstellen, Handlungsfelder ausmachen und gezielt Aktionen umsetzen. Alle kommunalen Akteure sollen am Tisch des präventiven Rates beteiligt werden. Die organisatorische Unterstützung wird hauptamtlich von der Kreisverwaltung geleistet.

Wir fordern kommunale präventive Räte um Problemlagen zu vermeiden und das friedliche Zusammenleben zu erhalten

Kapitel 2: Familienfreundlicher Landkreis

Kinder und Familie in Kita und Schule

Ein familienfreundlicher Landkreis zeichnet sich durch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Im Bereich der Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schulen sind wir im Kreis Mayen-Koblenz auf einem guten Weg. Es gibt jedoch noch regional sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Betreuung, auf die besonders Alleinerziehende angewiesen sind. Die Betreuung in den Ferien, vor allem im Sommer, ist für viele berufstätige Eltern und insbesondere für Alleinerziehende ein Problem, dass durch erweiterte Betreuungsangebote in den Kommunen gelöst werden kann. Die Mittagsverpflegung in den öffentlichen Einrichtungen muss dem Standard der gesunden Ernährung entsprechen. Es gibt einige wenige gute Beispiele im Landkreis: Einrichtungen mit eigener Küche und eigenem Personal können zu einer Verbesserung der Verpflegung und der Ernährungserziehung beitragen. Auch in unserem Landkreis gibt es leider vermehrt Kinder, deren Eltern sich einen eigenen Kostenbeitrag nicht leisten können.

DIE GRÜNEN fordern ein für alle Familien kostenfreies Mittagessen, möglichst aus bio- oder regionaler Erzeugung, für alle Kinder in Kita und Ganztagschule

Seniorenfreundlicher Landkreis

Der demografische Wandel zeigt erste Auswirkungen in den ländlichen Regionen. Um einer Landflucht vorzubeugen setzen wir uns dafür ein, dass in den ländlichen Regionen des Landkreises Mayen-Koblenz Versorgungsstrukturen aufrecht erhalten werden, damit auch für Senioren der ländliche Wohnraum attraktiv bleibt. Hierzu zählen ein ansprechendes Mobilitätskonzept, sowie die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs vor Ort. Wir werden mit den Ortsgemeinden in einen konstruktiven Dialog zur Erhaltung der dörflichen Strukturen treten. Die ländlichen Regionen dürfen nicht zu Gunsten der Städte und größeren Orte im Landkreis Mayen-Koblenz benachteiligt werden.

„SchLAu“ in den Schulen – Für die Vielfalt von Familien

Wir unterstützen alle Lebensformen im familiären Verbund, nicht nur die konventionelle Ehe von Frau und Mann, sondern auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Wir streben für Frauen und Männer in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die gleichen Rechte und Pflichten an wie für andere Lebensgemeinschaften.

Wir finden es besonders wichtig, jungen Menschen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Wenn sie bei sich selbst entdecken, dass sie lesbisch oder schwul sind, müssen sie auf ihrem Weg unterstützt und dürfen dabei nicht „behindert“ werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Thema von den LehrerInnen in den Schulen vorurteilsfrei zur Sprache gebracht wird.

Informationen, Gespräche und ein besonderes Beratungsangebot bietet das Landesprojekt „SchLAu“ – das Schwul-Lesbische Schulaufklärungsprojekt in Rheinland-Pfalz. Für den Landkreis Mayen-Koblenz engagieren sich in Koblenz ehrenamtlich junge Menschen, die selbst lesbisch oder schwul sind, und deren Coming Out erst ein paar Jahre zurückliegt. Sie bieten Workshops für höhere Jahrgangsstufen an den Schulen an, in denen sie – als junge Menschen für etwas jüngere Menschen – über ihre eigenen Erfahrungen berichten. Für diese Tätigkeit werden sie geschult und ausgebildet und sie gehen dabei mit großem Einfühlungsvermögen und sehr professionell vor. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Angebot in den Schulen den Schülerinnen und Schülern kreisweit angeboten wird.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die finanzielle Förderung
des Schwul-Lesbischen Schulaufklärungsprogrammes „SchLAu“ an Schulen**

Kapitel 3: Soziale Aufgaben & Gesundheit im ländlichen Raum

Der rasante Wandel der Gesellschaft mit sich verändernden Familienformen stellt eine besondere Herausforderung dar. Dies betrifft demographische Verschiebungen, neue Krankheitsbilder und Migrationsbewegungen, sowie Menschen mit Handicap. Die Sozialpolitik hat in Verbindung mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik die Aufgabe, das soziale Gefüge einer Gesellschaft zu organisieren und die Balance zu wahren. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht zu Lasten von sozialpolitischen Grundbedürfnissen der

Gesellschaft in den Vordergrund gestellt werden. Soziale Aufgaben der Gesellschaft und die gesundheitliche Versorgung tragen gemeinsam zur Steigerung der ganzheitlichen Lebensqualität der Menschen im Landkreis bei. Im Bereich der Jugendarbeit und im Bereich Gesundheit ist Prävention eine wichtige Aufgabe zur Vorbeugung von eintretenden Folgeschäden in der Gesellschaft. Unsere Zielsetzung besteht darin, in einem Landkreis zu leben, der über ein gutes soziales und gesundheitliches Versorgungsnetz verfügt und eine aktive, solidarische Zivilbevölkerung weiter fördert - und dies schon im Kindesalter. Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit, insbesondere des Kreisjugendringes, ein. Ausgehend von gesellschaftlichen Leitbildern ist ein ganzheitlich orientierter kombinierter Sozial- und Gesundheitsplan zu erarbeiten. Ziele dieses Plans sind der "barrierefreie" Zugang zu Sozialleistungen und zu Maßnahmen und Einrichtungen gesundheitlicher Prävention und Rehabilitation, die Schaffung einer Leistungstransparenz und der Abbau regionaler Unterschiede dort, wo sie vorhanden sind. Dazu muss das Zusammenspiel der unterschiedlichen Körperschaften (Bund, Land, Kreis und Gemeinden) qualitativ weiter entwickelt und die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Projekten der Zivilgesellschaft ausgebaut werden. Grundsätzlich werden wir ressortübergreifend mit den jeweils Beteiligten die Kriterien für die Einführung einer "Werte- und Sozialverträglichkeitsprüfung" für öffentlich geförderte Projekte diskutieren und erstellen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine bessere finanzielle Förderung der Jugendarbeit als Präventionsarbeit

Kapitel 4: Inklusion & Bildung - von Anfang an

Inklusion - Ein gesellschaftlicher Wandel

Inklusion basiert auf Menschenrechten, wie sie in der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-Behindertenrechtskonvention) verankert sind. Die UN-BRK betont, dass auch die Grundfreiheiten der Kinder mit Behinderung einzuhalten sind (Artikel 7) und verlangt, dass respektvolle Einstellungen gegenüber den Rechten behinderter Kinder zu fördern sind (Artikel 8). Der gesellschaftliche Wandel betrifft alle Bereiche, wie Einrichtungen in den Bereichen Kinder und Jugend, sowohl im schulischen Bereich und bei den Freizeitangeboten. Hierzu gehören auch alle öffentlichen Einrichtungen. Die Barrierefreiheit muss in allen Bereichen schnellstmöglich hergestellt werden, um allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wir fordern wohnortnahe Inklusion von Menschen mit Handicap, MigrantInnen und sozial Benachteiligten in allen gesellschaftlichen Bereichen!

Bildung: Kita und Schule

Wir setzen uns für Kinder und ihre Eltern bzw. Erziehungsberechtigten für eine „echte“ Wahlfreiheit ein! Das fängt schon mit der Aufnahme in der Kita an. Der Zugang zur Regelschule für Kinder mit Beeinträchtigungen durch den Landkreis muss, sowohl finanziell als auch ideell, besser gefördert werden. Hier setzen wir auf die neu einzurichtenden Förder- und Kompetenzzentren, für die der Kreistag die Standorte Mayen und Polch ausgewählt hat. Eltern von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf sollen zukünftig zwischen dem Unterricht an einer Förderschule oder an einer Regelschule wählen können. Zu den Aufgaben der Zentren gehört die Beratung der Eltern und Schüler bei der Schulwahl, sowie eine Förderung des fachlichen Austausches zwischen Förder- und Regelschulen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Vereinfachung der Aufnahme von beeinträchtigten Kindern in Regelschulen durch vereinfachte Bewilligung von Integrationshelfern

Das Jugendamt als Dienstleistungsunternehmen – überall im Kreis

Wir setzen uns für wohnortnahe Gesprächsmöglichkeiten für Familien im Landkreis Mayen-Koblenz ein. Die Kosten der Jugendarbeit dürfen nicht auf wenige Kommunen, wie Mayen und Andernach, begrenzt sein, sondern sind als Kreisaufgabe für den ganzen Kreis zu organisieren und zu finanzieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern AnsprechpartnerInnen in Jugendamtsbelangen in allen Kommunen

Kapitel 5: Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft

Zurzeit verursacht jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland im Schnitt über 500 Kilogramm Haushaltsabfälle pro Jahr. Dieser enorme Verlust an Ressourcen schadet Natur und Umwelt, belastet Gewässer und wirkt sich negativ auf die Klimabilanz aus. Jeder Abfall, der gar nicht erst anfällt, ist eine Entlastung für die Umwelt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die abfallarme Produktgestaltung, die Stärkung der Produktverantwortung durch die Hersteller, die Förderung von Mehrwegsystemen, Reparaturzentren, Secondhand-Netzwerken und das Öko-Design von Produkten. Dies bietet die Chance, das Thema Abfallvermeidung wirksam anzugehen und in konkrete Politik umzusetzen. Das im Kreis verabschiedete Abfallwirtschaftskonzept, das 2016 in Kraft treten soll, führt in die richtige Richtung, ist aber noch nicht die komplett richtige Strategie zum Recyceln von Wertstoffen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine vollständige Umstellung der Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft

Repair-Cafè „PLUS“ – gegen die Unkultur des Wegwerfens

Die Idee der Repair-Cafés hat sich auch in Rheinland-Pfalz etablieren können, denn eine Reparatur ist in den meisten aller Fälle besser für die Umwelt und den Geldbeutel. Menschen, die gerne reparieren und „tüfteln“ treffen sich im Repair-Café mit Menschen, die dies nicht selbst oder nur unter Anleitung tun können. Wer nichts zu reparieren hat, kann auch einfach nur einen Kaffee trinken und mit den anderen ins Gespräch kommen oder ihnen „über die Schulter schauen“.

Die Dienstleistung der Repair-Cafés soll im Sinne von Ökologie, Nachhaltigkeit und Kostenersparnis ausgeweitet werden. Die Repair-Cafés können auch als „Kontaktbörse“ für den kurzzeitigen kostenlosen Tausch oder das kurzfristige kostengünstige Mieten / Vermieten dienen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Einführung von „Repair-Cafes“

Kapitel 6: Energie und Klimaschutz

Integriertes Klimaschutzkonzept

Wir setzen uns dafür ein, dass das von uns schon seit Jahren geforderte integrierte Klimaschutzkonzept im Landkreis Mayen-Koblenz schnellstmöglich erstellt wird. Ziel ist es, die Rolle des Klimaschutzes fest in den Prozessen der Kreisverwaltung zu verankern, sodass diese bei Entscheidungen nicht wie bisher eine impulsgebende Rolle einnimmt, sondern zukünftig sukzessiv eine koordinierende Rolle. Dadurch soll die Zielerreichung des erarbeiteten Maßnahmenkatalogs erhöht werden. Für die bestmögliche Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird einE KlimaschutzmanagerIn eingestellt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die zügige und effiziente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer

Bürgerinnen und Bürger können auf kommunaler Ebene Zeichen setzen und die Energiewende in die eigene Hand nehmen: Energiegenossenschaften oder Bioenergiedörfer reagieren bürgernah und dezentral auf die Bedürfnisse vor Ort. Selbst kleinere Gemeinden können in Biogasanlagen Strom und Wärme produzieren und gleichzeitig Abfallgebühren drastisch senken.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die Förderung von Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfern

Energie und Energieeffizienz

Der Gebäudebereich verbraucht rund 40 % der deutschlandweiten Endenergie. Damit die Energiewende gelingt und die Klimaschutzziele erreicht werden, muss der Gebäudebestand in den kommenden 30 bis 40 Jahren umfassend energetisch saniert werden. Zusätzlich erfordert der demografische Wandel kurzfristig 2,5 Millionen altersgerechte bzw. barrierefreie Wohnungen, wobei

der Bedarf bis 2030 auf 3 Millionen Wohnungen ansteigen wird. Um diese Aufgaben zu bewältigen, müssen sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam für eine sozial gerechte und klimafreundliche Wohnungspolitik einsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur in den Kernzonen rund um die Städte, sondern auch im ländlichen Raum ausreichend sanierter Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, um die weitere Landflucht zu vermeiden.

Schaffung vereinfachter, beschleunigter und kostenfreier Genehmigungsverfahren bei Energieeffizienzmaßnahmen:

Wir setzen uns dafür ein, dass behördeninterne Vorgänge so umgestaltet werden, dass Transparenz und Vereinfachungen Effizienzvorhaben eher antreiben als ausbremsen und nicht zur unnötigen Verteuerung führen.

Erstellung eines Genehmigungsleitfadens für Energieeffizienzmaßnahmen:

Wir setzen uns für die Erstellung eines Genehmigungsleitfadens ein. Bürgerinnen und Bürger müssen einen schnellen Überblick zu Fördermöglichkeiten bekommen. Förder- und Beratungsstellen sind aufzuführen. Transparenz und Information sind wichtige Voraussetzungen, damit man sich objektiv über Energieeffizienzmaßnahmen informieren kann und deren Sinn versteht.

Schaffung von Bürger-Energiebüros, in dem Effizienz- und Behörden-Scouts Energieeffizienzmaßnahmen proaktiv begleiten:

Das Bürger-Energiebüro soll zentrale Vermittlungsstelle und Wegweiser zwischen Spezialisten und Bürgern sein. Die Verknüpfung dieser Büros ist mit der im Kreis eingerichteten Energieagentur zu organisieren.

Erstellung eines Energiekatasters:

Die privat verbrauchte Heizenergie stellt den größten Anteil am Energieverbrauch überhaupt dar. Genaue Daten darüber sind für eine zuverlässige Planung zwingend erforderlich. Deshalb sollte ein Mikrozensus zur Energieverbrauchssituation entsprechend dem bereits existierenden Solarkataster durchgeführt werden.

Orts-, Verbandsgemeinde- und Kreisweite Energiespar-Wettbewerbe:

Es muss bereits auf Ortsgemeindeebene das Interesse geweckt werden, sich ökologisch und ökonomisch positiv abzuheben. Energieeffizienz und Ökologie steigern die Attraktivität des ländlichen Raumes und wirken der Überalterung entgegen. Wir setzen uns dafür ein, im Kreis und in Kommunen Energiespar-Wettbewerbe zu initiieren, die die Bürgerinnen und Bürger hierfür sensibilisieren.

Förderung und Bewerbung von Energiegenossenschaften durch die Kommunen:

Genossenschaften sind gelebte Bürgerbeteiligung. Sie haben einen revitalisierenden Effekt auf das Gemeinwohl. Kommunen rücken durch eine Mitgliedschaft an der Bürger-Energiegenossenschaft wieder näher an ihre Bürger. Gemeinsam geschaffene Werte, erfolgreiche Projekte und nachhaltige Erträge innerhalb der Kommune schaffen eine positive Haltung zum gemeinsamen Lebensraum und die Wertschöpfung bleibt in der Region.

Kommunale Daseinsvorsorge:

Im Sinne der lokalen Kreislaufwirtschaft ist es sinnvoll, alle Einrichtungen der Daseinsvorsorge -dazu gehören auch die Energienetze- in lokalem Eigentum zu behalten und zu betreiben. Aufgabe der Kommunen muss es sein, zusammen mit den Bürgern Strom- und Gasnetze zurück zu führen, das heißt sie zu kaufen. Die Erzeugung und die Verteilung von Energie ist Teil der Daseinsvorsorge. Sie gehört wieder in Bürgerhand, am Besten in eine Partnerschaft aus Kommune und Bürger-Energiegenossenschaft.

100% erneuerbare Energien für Liegenschaften in kommunaler Hand:

Die Kommunen haben Vorbildcharakter für ihre Bürger. Deshalb soll der kommunale Energiebedarf zukünftig ausschließlich mit ökologisch erzeugter Energie gedeckt werden.

Umrüstung aller Straßenbeleuchtungen auf LED-Technologie

Konventionelle Straßenbeleuchtungen sind „Energiefresser“. Mit den heute verfügbaren hocheffizienten, langlebigen, wartungsarmen und schadstoffarmen LED-Systemen sind diese nicht mehr verantwortbar. Wir setzen uns für die flächendeckende Umstellung auf LED-Technologie ein.

Einhaltung ökologischer Vorgaben für Biogasanlagen

Biogasanlagen gehören zum Energiemix bei den Erneuerbaren Energien. Sie müssen nach ökologischen Kriterien errichtet und betrieben werden, so kann ein nachhaltiger Beitrag zur Energiegewinnung geleistet werden. Eine großflächige Bewirtschaftung mit Mais in Monokultur lehnen wir beispielsweise ab.

Kapitel 7: Umweltschonender Verkehr – Mehrwert durch ÖPNV

Flächendeckende Mobilitätsversorgung

Mobilität ist in einem Flächenlandkreis ein entscheidender Faktor für die Zufriedenheit der dort Wohnenden. Neben dem öffentlichen Nahverkehr ist der Individualverkehr die Hauptnutzungsart. Im Landkreis Mayen-Koblenz gibt es unterschiedliche Mobilitätsanforderungen. In den Städten und stadtnahen Gebieten muss der ÖPNV den heutigen Mobilitätsbedarfen angepasst werden. Schultransport und Personenverkehr können kombiniert und mit intelligenten Formen der Mobilität (Bürgerbusse und –Taxen, Car-Sharing oder die Einrichtung von Mitfahrgelegenheiten) ergänzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein kreisweites Mobilitätskonzept

Tempo-30-Zonen

Wir treten dafür ein, dass in Ortschaften durch Temporeduzierung auf Tempo-30-Zonen Lärm und Gefahren für die dort Wohnenden reduziert werden.

Barrierefreie Mobilität

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bahnhöfen Barrierefreiheit hergestellt wird. Barrierefreiheit wird gleichzeitig als Vergabekriterium für die Zuschlagserteilung von öffentlichen Aufträgen erhoben.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern: barrierefreie Mobilität bei allen Verkehrsträgern

Kapitel 8: Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik

Nachhaltige Finanzierung für die nachfolgenden Generationen

Viele finanzpolitische Entscheidungen werden auf Europa-, Bundes- und Landesebene getroffen. Bürgerinnen und Bürgern müssen in die kommunalen finanziellen Entscheidungen besser eingebunden werden. Wir setzen uns für einen Bürgerhaushalt in allen Kommunen und im Kreis ein. Finanzpolitische Entscheidungen, sei es zum Erhalt des Schwimmbades oder der Einstellung der Förderung von Sport und Kultur, sowie der Jugendarbeit vor Ort, darf nicht in den Hinterzimmern entschieden werden. Die Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort den besten Einblick haben, sind die kompetentesten Ratgeber. Die Schuldenreduzierung muss durch Mehreinnahmen, aber auch durch Überprüfung aller Ausgabenpositionen, erreicht werden. Dringend erforderlich ist eine Neuausrichtung der Verteilung der Einnahmen und Aufgabenübernahme zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Es gibt neue Möglichkeiten, den kommunalen Haushalt politisch wirksam zu steuern und systematisch zu analysieren. Die Rahmenbedingungen einer verantwortlichen Finanzpolitik müssen stimmen und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Aus den Ergebnissen des Controllings der Kreisverwaltung müssen auch haushaltswirksame Maßnahmen abgeleitet werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die Einführung eines echten Bürgerhaushaltes und die Ausrichtung an einer nachhaltigen Finanzpolitik

Gerechte Finanzen zwischen Kommunen und Kreis

Das Verhältnis der Finanzen zwischen Kommunen und Kreis muss partnerschaftlich organisiert werden. Keiner darf sich auf Kosten der anderen Gebietskörperschaft besser stellen. In der kommunalen Familie sollten die Starken die Schwachen unterstützen. Aufgrund der geographischen Lage kann nicht jede Kommune gleich stark in der Wirtschaftsentwicklung sein. Die Entwicklung der Kreisumlage soll so gestaltet werden, dass der Kreis seine Aufgaben erfüllen und die Verschuldung zurück führen kann, aber auch die Kommunen ausreichend finanziert sind.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern eine gerechte Finanzarchitektur zwischen Kreis und Kommunen

Aufbau nachhaltiger regionaler Wirtschaftsstrukturen

Wir streben den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur an, die robust auf Konjunkturschwankungen reagieren kann. Durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen (Handel, Industrie, Klein- und Mittelbetriebe, Touristik) ergeben sich gute Voraussetzungen für einen wachstumsintensiven Branchenmix.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern:
Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Voraussetzungen in den Kommunen**

Breitband – elementar für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Auf Bundes- und Landesebene gibt es zahlreiche Initiativen zum Breitband-Ausbau auch für ländliche Regionen, denn für die Neuansiedlung von Unternehmen ist die Verfügbarkeit von Breitband ein attraktiver Standortfaktor. Gerade in Zeiten des digitalen Zeitalters, in dem immer mehr Aktivitäten auf das Internet verlagert werden, ist dies sehr wichtig. Hierzu sind erhebliche Investitionen notwendig. Einige Gemeinden im Landkreis Mayen-Koblenz haben in den letzten Jahren durch Förderung mit Landesmitteln den Breitbandausbau begonnen. Wir setzen uns für den schnellstmöglichen, flächendeckenden, Ausbau von Breitband im Kreis Mayen-Koblenz ein.

Wir fordern einen kreisweiten, schnellen Breitbandausbau

Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) – Neuorientierung

Die Wirtschaftsförderung verfügt über erhebliche finanzielle Mittel, die zielgerichteter und für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden müssen. Wir setzen uns für die Übertragung der Aktien in den Kreishaushalt ein. Dies beeinträchtigt nicht die Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, da darüber hinaus noch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die WFG zwei Förderprogramme im Bereich „Energieautarker Kreis – Förderung Erneuerbarer Energien“ und im Bereich „Gebäudesanierung – Energiesparen durch Modernisierung“ einsetzt. Hierdurch werden die regionale Wertschöpfung, sowie die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen gefördert. Anschubfinanzierungen durch Förderprogramme erzeugen zusätzliche Investitionen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die Auflage von Förderprogrammen im Bereich Erneuerbare Energien und Gebäudesanierung

Fair-Trade-Landkreis Mayen-Koblenz

Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Kaufentscheidung die Macht, Handels- und Verkaufsstrukturen zu ändern. Wir streben an, dass Mayen-Koblenz ein Fair-Trade-Landkreis wird. Der erste Schritt ist durch die einstimmige Annahme unseres Antrages im Kreistag erfolgt. Wir verbinden dies mit dem Werben für die Nutzung regionaler Produkte. Preiswerte Angebote veranlassen uns als Verbraucherinnen und Verbraucher immer mehr zu konsumieren. Wir setzen uns dafür ein, möglichst viele gesellschaftspolitische Akteure zur Mitarbeit in der Steuerungsgruppe für einen Fair-Trade-Landkreis zu gewinnen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern einen Fair-Trade-Landkreis Mayen-Koblenz und Stärkung der regionalen Anbieter

Kapitel 9: Tourismus und Kultur

Tourismusangebote für verschiedene Zielgruppen

Reisemobilerlebnis Mosel-Rhein-Eifel

Reisemobil-Urlaub erfreut sich immer größerer Beliebtheit in der Bevölkerung. Hier hat der Kreis Mayen-Koblenz noch erhebliche Entwicklungspotenziale. Diese reichen vom einfachen Stellplatzangebot bis zum komfortablen Wohnmobilhafen – besonders in Anbindung an unsere attraktiven Traumpfade.

Camping – eine Idee kehrt zurück

Camping erfreut sich in den letzten Jahren wieder großer Beliebtheit. Die Nutzerzahlen auf den Campingplätzen steigen von Jahr zu Jahr. Dabei müssen Campingplätze nicht unbedingt nur an Flüssen liegen. Es kommt auf das Gesamtangebot in der Region an. Campingplätze können unter ökologischen Gesichtspunkten in der Natur angelegt werden.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern:
Ausbau des sanften und naturnahen Tourismus in den Kommunen**

Touristikangebote Radwegenetz

Wir setzen uns dafür ein, dass für Alltagsradfahrer *und* Touristen ein Radwegenetz im Kreis eingerichtet wird. Kinder und Erwachsene sollen gefahrlose und landschaftlich schön gelegene Verbindungen zwischen ihren Zielen vorfinden. Projekte wie der Elztaalradweg sollen unmittelbar zum Abschluss gebracht werden. Dafür fordern wir ein Wegenetz, das Schulen, Verwaltungen oder Bahnhöfe autounabhängig erreichbar macht. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang auch ein flächendeckendes Angebot von Elektro-Rad-Mietstationen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau des touristischen Radwegenetzes

Eifel-KulTouren – mehr „Werbung“ für die Vielfalt der Regionen

Um die Region für Einheimische (und solche die es werden wollen) sowie Gäste attraktiver zu machen, ist ein regionaler und überregional vernetzter Veranstaltungskalender erforderlich, der über das Internet jederzeit abrufbar ist. Weder die EifelanerInnen noch die Gäste interessieren sich in Bezug auf das kulturelle Angebot für „Verwaltungsgrenzen“ – deshalb wäre auch eine Vernetzung mit den umliegenden Regionen (das heißt der ganzen Eifel und dem umliegenden Mosel-, Rhein-, Westerwald- und Hunsrückraum) zukunftsweisend.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern:
Bessere Nutzung vorhandener Ressourcen und
Bündelung der Werbeaktivitäten für die Vielfalt der Regionen**

Stärkung der „Kulturideen und Kulturakteure vor Ort“ durch Kulturförderung
Kultur kann dabei mehr als „nur unterhalten“. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger zur Eigeninitiative ermutigen, damit sie sich mit ihrer Region identifizieren können und vor Ort „Kultur auf die Beine stellen“. Eine lebendige Kultur besteht aus vielen Aktivitäten, die Menschen den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen ermöglicht und die kreativen Potentiale jedes Einzelnen fördert. Wir möchten daher die ortsansässigen Vereine, Initiativen und Kreativen durch gute Bedingungen für Auftritte, Ausstellungen und Übungs- / Proberäume fördern, beispielsweise durch die Weiternutzung leerstehender Räume, Geschäfte etc. für Aktionen, Ausstellungen und Workshops. Erhalt und Ausbau der kulturellen Bildungsangebote durch VHS, Musikschule, Jugendkunstschule und andere Träger runden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kulturentwicklung im Landkreis ab.

Wir möchten im Landkreis die Angebote des Landes „Kultursommer Rheinland-Pfalz“, „Kulturstiftung Rheinland-Pfalz“ und das nach einer Idee von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der rot-grünen Landesregierung entwickelte Programm „Jedem Kind seine Kunst“ (hier werden speziell für Kinder und Jugendliche Angebote an Schulen, Kindergärten und in Kultureinrichtungen landesweit gefördert) weiter etablieren.

Fazit: Kultur ist praktisch überall möglich und hängt hauptsächlich von aktiven Menschen und geeigneten Rahmenbedingungen ab. Beides wollen wir unterstützen. Nicht allein mit Geld, sondern auch mit einer klugen Kulturpolitik, welche die Akteure miteinander vernetzt, sie bei ihren Vorhaben unterstützt und damit gemeinsam die Kultur und Lebensqualität in Städten und Dörfern der Region fördert.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern: Erhalt und Ausbau kultureller Angebote

Erhalt der Kulturdenkmäler - Denkmalpflege

Die bauhistorischen Denkmäler unseres Landkreises gehören zur Kultur. Denkmalschutz wie Baukultur müssen Bestandteil von kulturpolitischen Leitlinien sein. Denkmäler müssen erhalten bleiben. Verfall mangels Geldmitteln ist für uns kein akzeptabler Umgang. Restaurierte Denkmäler sind dagegen oftmals "wahre Highlights" im Ortsbild und prägen den Charakter der Region. Darum sehen wir beim Denkmalschutz die Notwendigkeit, Mittel rechtzeitig zu investieren und Denkmalpflege konsequent und langfristig zu fördern. Viele Bürgerinnen und Bürger sind auch ehrenamtlich bereit, sich für ein besonderes Objekt im Ort zu engagieren. Denkmalschutz ist aus unserer Sicht eine ideale Möglichkeit Bürgerinnen und Bürger, Bürgerinitiativen und Kulturvereine in Form einer Bürgerbeteiligung einzubinden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern: Erhalt der bauhistorischen Denkmäler

Schlusswort: GRÜNES Programm auch für Ihre Zukunft!

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN orientieren sich an einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel heute und auch in den nächsten Jahren. Die Energiewende, der demografische Wandel und der Schuldenabbau in den Kommunen sind große Projekte, für die die richtigen Weichenstellungen erfolgen müssen. Ein „Weiter so“ ist hier die falsche Lösung.

Wir bieten nachhaltige Lösungen an und werden diese durch echte Bürgerbeteiligung mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutieren. Es wird vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten geben, bevor Entscheidungen in den Räten getroffen werden. Wir denken nicht von Wahltermin zu Wahltermin, sondern an die richtigen Lösungen, die in partnerschaftlichem Miteinander mit den Bürgerinnen und Bürger gesucht werden.

**Liebe Wählerinnen und Wähler,
wenn wir Sie mit unseren Ideen überzeugt haben
bitten wir um ihre Stimme für die Liste-Nr. 3 von
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN!**

**Wir sind die Stimme und der Garant für einen
familienfreundlicheren, klimafreundlicheren und
bürgerfreundlicheren
Landkreis Mayen-Koblenz.**

Alle reden von einer besseren Politik.

Wir haben die Konzepte dafür!!!

Wir sind für Sie da !

Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Mayen-Koblenz

Homepage: www.gruene-myk.de, Email: info@gruene-myk.de

Telefon: 0800 - 65 37 825 (kostenfrei innerhalb Deutschlands für Handys und Festnetz)